

Wiemeler Dampfboot.

N^o 135.

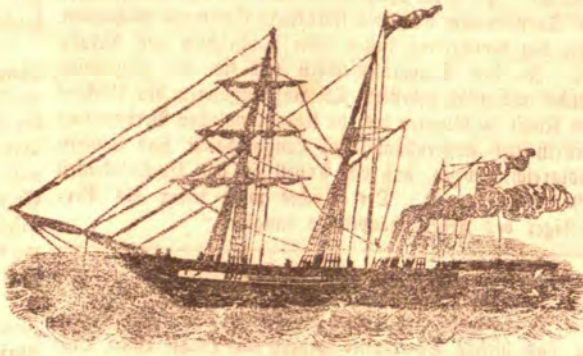
1874.

Sonnabend.

den 13. Juni.

Erscheint täglich Morgens mit Ausnahme der Tage nach den Sonn- u. Feiertagen.

Vierteljährlicher Abonnements-Preis pränumerando 1 Thlr. mit Votenlohn sowie bei allen Post-Anstalten 1 Thlr. 5 Sgr.



Anzeigen werden für den Raum einer Corpus-Spaltheile von Abonnenten mit 1 Sgr. 4 Pf., von Nicht-Abonnenten und Auswärtigen mit 1 Sgr. 8 Pf. berechnet. Reclamen pro 1-spaltige Petitzeile 2 Sgr.

Anzeigen, für die folgende Nummer bestimmt, sind spätestens bis Nachmittags 2 Uhr einzuliefern. Betag-Exemplare kosten 1 Sgr.

Tages-Chronik.

Den 13. Vorm., 11 Uhr: 1) im Hafenbau-Bureau Submission wegen Herstellung einer Stube im Haffleuchte-Wärter-Etablissement bei Noiffiten, 2) am Schauspielhaus Verkauf von Pferden und Limburger Käsen.

Die Parteien im Reichstage.

I. Socialdemokraten und Fortschrittspartei
Entschieden mehr Berechtigung zur Existenz als die Centrumspartei darf selbst die socialdemokratische Richtung für sich in Anspruch nehmen. Es ist nicht zu bestreiten und darf als Endurtheil nicht verschwiegen werden, daß die sociale Frage eine wissenschaftliche Disciplin geworden, welche die gleiche Beachtung verdient wie die Medicin und die Theologie. Es sind die ganz natürlichen Ergebnisse des in die große Masse dringenden Aufklärungs- und Bildungsbedürfnisses, aus welchen sich zunächst die wirtschaftliche Doktrin aufgebaut hat, daß die Handarbeit möglichst der productivsten Rückwirkung von Angebot und Nachfrage entzogen und der Uebermacht des Großkapitals ein Damm entgegengekehrt werden müsse durch die stramme Organisirung der arbeitenden Klassen zu Schutz und Druck gegen Uebergriffe der Arbeitgeber. Soweit wäre der demokratischen Lehre Ernstliches nicht entgegenzusetzen: denn die eintönige, Heiß und Charakter abstumpfende Handarbeit in den Fabriken, welche durch die bis in's Kleinste gehende Theilung der Arbeit den Menschen in Wahrheit zu einer seelenlosen Maschine herabwürdigt, wird bei gewerkteren Naturen stets heftigster Abneigung begegnen und ist deshalb im Grunde der Haupthebel der socialdemokratischen Agitation. Insofern kann Vassalle mit seiner Entdeckung des vierten Standes und seine mehr oder minder begabten Anhänger und Nachtreter höchstens nur der Vorwurf treffen, daß sie sich sehr schuitischer Mittel zur Anlockung und Festhaltung der großen Masse bedient haben. Die straffe Disciplinierung der Arbeiter ist zum großen Theile gelungen; ihre berechtigten Klagen wissen sich Gehör zu verschaffen; auf ihre feste Geschlossenheit hat der Kapitalist als Arbeitgeber mehr Rücksicht zu nehmen, als seiner Gewohnheit entspricht: allein die wüthendste und ungebildetste Sorte von Demagogen, die Heiß- und charakterlose „Hecker“, haben sich der Bewegung bemächtigt, welche Vassalle wohl in freisinnigen aber nicht evolutionairem Geiste geführt haben würde, und so sind mit ihren Zugmitteln in so kurzer Zeit bereits an der sittlichen Grenze angelangt, jenseits welcher bereits die Anarchie in schredenerregender Gestalt im Bunde mit der schmutzigsten Diktatur als Nachschiff der Pariser Commune zu lauern scheint. Wenn von irgend einer Partei gesagt werden kann, daß sie über ihre eigenen Tendenzen sich niemals klar werden wird, so läßt sich dies mit Recht von der jetzigen socialdemokratischen sagen, auf welche das Deutsche Reich daher die größte Wachsamkeit zu verwenden hat.

Die Stellung der Fortschrittspartei zu den Reichsinstitutionen entspricht nicht mehr so ganz dem begeisterten Idealismus, welcher einst ihre zähe Opposition wider das Ministerium Bismarck zu beleben pflegte; auch sie ist älter, ruhiger, bedächtiger geworden und begnügt sich bei jungen Richters feurigem Dithyrambenton die Reminiscenzen an einstige Größe zu erwecken. Sie hat aufgehört, ausschließlich Oppositionspartei zu sein, und wenn sie auch für die unter heutigen Verhältnissen ganz unmögliche Durchführung der Trennung des Staates von der Kirche zu plädiren nicht aufgegeben hat, so ist das ein Anklang an ehemalige doktrinaire Zeiten, wo sie gewohnt war, ihre öffentliche Thätigkeit mit einer stehenden Rubrik von fertigen Anschauungen zu bezeichnen. Die Fortschrittspartei hat durch das Läuterungsfeuer, das ihr nicht erpart bleiben konnte, eher an Ansehen gewonnen als verloren. Von der socialdemokratischen Richtung durch ihre nationale Haltung und ihre volkswirtschaftlichen Grundzüge auf immer geschieden, wird sie für den Verlust an der Zahl ihrer Mitglieder durch das Bewußtsein entschädigt, daß ihr die Hauptstadt des Deutschen Reiches treu geblieben ist, und daß sie der starken Vertrauens-

stellung des Preussischen Ministeriums und vornehmlich des Reichskanzlers gegenüber mit Beharrlichkeit die verfassungsmäßige Fortentwicklung des Budgetrechts betont und aufrecht erhält. Wenn auch in ihr die individuellen Meinungsverschiedenheiten durch einen linken und einen mit den Nationalliberalen Fühlung suchenden rechten Flügel zum Ausdruck gelangen, so darf der Fortschrittspartei doch die Anerkennung nicht verlagert werden, daß sie vermöge ihrer strengen Disciplin eine fest geschlossene Vereinigung von freisinnigen Politikern bildet, um deren Unterstützung bei parlamentarischen Entscheidungskämpfen sich alle maßgebenden Parteien zu bewerben genügende Veranlassung haben. Die Fortschrittspartei, nachdem die unruhigen Köpfe und die mehr durch hochfliegenden Ehrgeiz als durch staatsmännische Begabung markirten Elemente allgemach ihren Rückzug angetreten haben, ist wohl berufen, in der Zukunft eine hervorragende Stellung unter den Parlamentariern des Deutschen Reiches einzunehmen, wenn sie sich einschließen kann voll und ganz der Gegenwart zu leben und die Lehre vom passiven Widerstande, mit welcher sie schließlich Fiasko machen mußte, zu der aktiven Praxis umzugestalten, wie sie für eine politische Oppositionspartei im Deutschen Reich unerlässlich ist. Denn jeder, mit dem Staatsleben vertraute Denker, wird wissen, daß, so hoch die Verdienste eines genial geleiteten Ministeriums um das Vaterland auch sein mögen, nur der Druck und Gegendruck der politisch berechtigten Anschauungen das rechte Gleichgewicht zwischen Regierung und Volksvertretung herzustellen vermögen.

Deutsches Reich.

△ Berlin, 10. Juni. [Zur Situation.] Nachdem nunmehr auch die Baiische Regierung ihren Bundesbevollmächtigten in Bezug auf das Reichs-civilgesetz instruiert hat, wird das Plenum das letztere bereits morgen in Berathung ziehen. Man darf der Erklärung Baierns mit Interesse entgegensehen, obwohl es sich kaum noch um die Alternative handeln dürfte, ob überhaupt die Civilese auf das Reich ausgedehnt werden solle oder nicht. Nach der vom Reichstage eingenommenen Stellung zur Angelegenheit wird lediglich noch die Form der Ausführung in Frage stehen können. Wenn das Resultat der morgenden Berathung zu einem Einverständnis in dieser Hinsicht führt, so dürfte die Baiische Regierung dazu ausersehen werden, den Entwurf eines neuen Reichs-civilgesetzes zur nächsten Session auszuarbeiten.

Vor einigen Tagen ging die Nachricht durch die Presse, daß die Preussische Seehandlung die Absicht habe, die von der Nordbahn nachgesuchte Prioritätsanleihe zu übernehmen, nachdem der Staatsregierung die hierzu erforderliche Genehmigung des Landtages verlagert worden sei. Wie man uns versichert, entbehrt diese Nachricht die schon einen eigenhümlichen innern Widerspruch enthält, jeder thatsächlichen Begründung. Es kann nicht zweifelhaft sein, daß sowohl die Staatsregierung als solche, wie die von ihr abhängigen Finanzinstitute der fraglichen Angelegenheit unter den gegebenen Umständen vollkommen fern bleiben müssen. Wie aus Finanzkreisen dagegen verlautet, hat die Nordbahn Verbindungen mit Privatindustriellen in Mainz und Frankfurt a. M. angeknüpft, welche indeß zu einem Ergebnis noch nicht geführt haben. Die Schwierigkeit liegt vornehmlich in den Bedenken, welche das Privatkapital in Bezug auf seine Theilnahme bei einem Unternehmen hegen muß, welches durch seine Vergangenheit die minutöseste Kritik der öffentlichen Meinung herausgefordert hat.

An. Die heutige „Provinzialcorrespondenz“, welche die Reichsopposition des Kaisers und seinen Aufenthalt in Gmß erwähnt, läßt ihrerseits das Gerücht von einer bevorstehenden Zusammenkunft mit dem Kaiser von Oesterreich vollkommen unberührt. Von anderer Seite ist schon wiederholt und mit Recht darauf verwiesen, daß der Mittheilung von einer Drei-Kaiser-Zusammenkunft vorläufig jeder bestimmte Anhalt fehle. Nach wie vor erhält sich in den hiesigen unterrichteten Kreisen die Ansicht, daß während des bevorstehenden Aufenthalts Kaiser Wilhelms auf

österreichischem Boden eine Begegnung zwischen ihm und dem Kaiser Franz Joseph stattfinden werde. An dem Besuche bei dem großherzoglich hessischen Hofe in Jugenheim, welchen der Kaiser während der Anwesenheit des russischen Czaren daselbst beabsichtigt, dürfte auch die Kaiserin Augusta Theil nehmen.

* Neben dem Justizminister Leonhardt war es bekanntlich vornehmlich der Sächsische General-Staatsanwalt Dr. Schwarze, welcher sich bezüglich der neuen Strafproceßordnung in entscheidender Weise zu Gunsten der Schöffengerichte äußerte. Dem Einfluß jenes berühmten Juristen auf die Sächsische Landesgesetzgebung ist es wohl auch zu danken, daß neuerdings von Seiten der Sächsischen Regierung abermals Abänderungsanträge zu dem neuen Strafproceßentwurf eingebracht worden sind, welche auch für „Vergehen“ die Einrichtung der Schöffengerichte verlangen. Für die genannte Kategorie von Delikten, welche nicht zur Kompetenz der Schwurgerichte gehören, setzt der neue Entwurf bekanntlich Richterkollegien ein, welche über die Schuldfrage einstimmiger Ansicht sein müssen. Es darf bezweifelt werden, daß die neuen Anträge Sachsens auf Zustimmung im Bundesrathe rechnen können, nachdem sowohl die öffentliche Meinung als auch die Sachverständigen sich in einer so nachdrücklichen Weise gegen die Heranziehung des Laienelementes über die nöthigsten Grenzen hinaus erklärt haben.

* Ueber die am Montag bei den Hauptführern der socialdemokratischen Partei vorgenommene Hausdurchsuchung gibt der „Neue Socialdemokrat“ folgende Details: „Ein eigenhümliches Klopfen überraschte genau um 6 Uhr die Bewohner des ersten Stockes des bekannten Hauses Nummer 63 der Dresdenerstraße; ein Polizeihauptmann und vier Kriminalbeamte waren erschienen, um bei dem Präsidenten des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, ferner auf der Redaktion des „Neuen Socialdemokrat“ und bei A. und D. Kapell Hausdurchsuchung zu halten. Gleichzeitig wurde in den Privatwohnungen Hasselmann's, Deroff's und des früheren Kassirers dieselbe vorgenommen. Auch die Parteigenossen Winnen, Walthier, Schlesinger und Semwig wurden durch polizeilichen Besuch in früher Morgenstunden beehrt; von andern Parteigenossen wird festgestellt, doch können wir die Namen noch nicht feststellen. — Die Vorfälle des Berliner Arbeiterfrauen- und Mädchenvereins, Frau Stagemann, hatte gleichfalls dieselbe Ehre und sind bei derselben an 20 Briefe confiscirt worden, unter welchen sich sogar Liebesbriefe aus früher Jugendzeit befinden sollen. Bei dem Vereinspräsidenten und auf der Redaktion machte man selbstverständlich die größte Beute — nicht weniger als 13 Paquete von ansehnlichem Umfange wurden per Drohsche entführt. Die Thätigkeit der Vereinsbeamten ist dadurch auf einige Tage leider lahm gelegt, da denselben auch die jüngsten Briefe, ferner die Vereinsacten und Eintragsbücher abgeholt worden sind.“ Was den Inhalt der mitgenommenen Schriftstücke betrifft, so glaubt das socialistische Organ, daß sie der Polizei kein besonderes Interesse bieten dürften, dagegen könne die Regierung aus ihnen ersehen, wie sich Unglückliche, darunter z. B. auch ein irrsinniger Hauptmann, nachdem alle Instanzen vergeblich angegangen, zuletzt verzweifelt an die socialistischen Führer gewendet hätten. Zum Schluß sieht das Blatt mit großem Heroismus, wenn es nötig sein sollte, auch einem Hochverrathproceß entgegen, der etwa aus den confiscirten Papieren hergeleitet werden sollte, „denn jede große Idee fordert ihre Opfer.“ — Diesen Gefallen dürfte man den ruhmdürstenden Parteihelden indeß schwerlich thun: nicht auf die Inszenirung eines großen Proceßdramas ist es abgesehen, sondern lediglich auf die Aufhebung einer geheimen Verbindung, welche unter den einzelnen socialistischen Vereinen besteht und eben so sehr gegen das Vereinsgesetz verstößt, wie die bürgerliche und gesellschaftliche Ordnung unterwühlt.

* [Internationales.] Fürst Gortschakoff hat von Baden aus ein Memorandum an die Mächte gerichtet, welche den

